

Forderungen

**der Landesvereinigung Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz (LVU)**

an die Landespolitik in der 17. Legislaturperiode

Inhalt	Seite
Einleitung.....	2
Wirtschaftsfreundliches Umfeld	3
Staat und Wirtschaft	4
Demografischer Wandel	6
Infrastruktur	8
Innovationen	10
Energie und Umwelt	11
Bildung.....	13

Einleitung

Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind angewiesen auf ein politisches und gesellschaftliches Umfeld, das Wachstum und Beschäftigung begrüßt, ermöglicht und im besten Falle sogar aktiv fördert.

Zu solch einem Umfeld gehören die grundsätzliche Akzeptanz für die Soziale Marktwirtschaft, für Unternehmertum und industrielle Wertschöpfung einschließlich des Rohstoffabbaus und der Energieerzeugung, die Offenheit für neue Technologien und Innovationen, eine bedarfsgerecht ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, ein gutes Bildungssystem, stabile klima- und energiepolitische Rahmenbedingungen, eine effiziente und wirtschaftsfreundliche Verwaltung sowie eine tragbare Abgaben- und Steuerlast.

Am 13. März 2016 wählen die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer einen neuen Landtag. Diese Wahl hat maßgeblichen Einfluss auf den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, da der Landtag und die Landesregierung an vielen Stellen Verantwortung tragen für die oben genannten Rahmenbedingungen.

Daher nimmt die Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) mit diesem Forderungspapier an der öffentlichen und privaten Meinungsbildung im Landtagswahlkampf teil. Als Dachverband von 30 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden setzt sich die LVU dafür ein, den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu erhalten und zu verbessern.

Wirtschaftsfreundliches Umfeld

Wirtschaft und Unternehmen sind in den Augen der Öffentlichkeit und der Politik oftmals „Problemverursacher“. Davon zeugt eine an Einzelfällen orientierte Überregulierung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, zum Beispiel durch den gesetzlichen Mindestlohn oder die geplante weitere Regulierung von Werkverträgen und Zeitarbeit. Die Unternehmen verlieren dadurch dringend benötigte Flexibilität.

Diese Sichtweise auf Unternehmen als „Problemverursacher“ führt zu einem gesellschaftlichen Klima, das Menschen von einer Existenzgründung abzuhalten vermag. Auch erschwert solch ein Klima das Wachstum und die Expansion von Unternehmen.

In Wirklichkeit sind Unternehmen jedoch in weit größerem Maße „Problemlöser“. Hunderttausende Menschen in diesem Land sichern sich und ihren Familien durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt. Arbeit trägt darüber hinaus zur Persönlichkeitsentfaltung und Sinnstiftung bei und ist zugleich ein wichtiger Faktor für die soziale Teilhabe des Einzelnen.

Auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sind Unternehmen „Problemlöser“. Erst ihr Erfolg verschafft dem Staat die notwendigen Steuereinnahmen, auf deren Grundlage unser Gemeinwesen funktioniert. Das gilt im Besonderen für unsere sozialen Sicherungssysteme, die als gesetzliche Sozialversicherungen auf die Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer angewiesen sind.

Die LVU fordert, die Leistungen von Wirtschaft und Unternehmern für unser Gemeinwesen anzuerkennen und zu einem wirtschaftsfreundlichen Klima beizutragen. Die neue Landesregierung sollte es unterlassen, über den Bundesrat Initiativen anzustoßen oder zu unterstützen, die die Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität der Unternehmen weiter einschränken.

Einer der Gründe für die Stärke des Standortes Deutschland und insbesondere von Rheinland-Pfalz liegt in seiner mittelständisch geprägten industriellen Basis im Verbund mit den entsprechenden industrienahen Dienstleistungen.

Die LVU fordert, den industriellen Mittelstand durch gute Rahmenbedingungen zu stärken und zu fördern. Dies gilt vor allem in den Bereichen Innovation, Energie & Umwelt sowie Bildung (s.u.)

Staat und Wirtschaft

Die Skepsis der Politik gegenüber Unternehmertum zeigt sich auch in der Tendenz, Dienstleistungen durch staatliche Akteure zu erbringen. Insbesondere Rekommunalisierungsbestrebungen in der jüngsten Vergangenheit sind ein Beleg für diese Fehlentwicklung. Die LVU ist der Überzeugung, dass private Akteure unter den richtigen Rahmenbedingungen Leistungen oftmals effizienter erbringen können. Das nutzt dem Land und seinen Bürgern. Denn florierende Unternehmen sind der beste Garant für sprudelnde Steuereinnahmen und Einnahmen der sozialen Sicherung. Ein einseitiges Schrauben an der Abgaben- und Steuerlast hingegen schadet der Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt umso mehr bei kommunalen und Landesabgaben bzw. –steuern. Unternehmen in Rheinland-Pfalz dürfen keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber Unternehmen in anderen Bundesländern erleiden.

Die LVU fordert, bei allen Veränderungen der Abgaben- und Steuerlast die Auswirkungen auf die Attraktivität des Standorts und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen genau zu untersuchen. Die Einführung neuer Abgaben – wie in dieser Legislaturperiode des „Wassercentrs“ – lehnt die LVU ab. Eine Senkung des Wassercentrs zur Entlastung der Entgeltpflichtigen im Umfang der ungeplanten Mehreinnahmen des Landes daraus ist zu prüfen.

Bei jeder Änderung eines Landesgesetzes und bei Überlegungen zum Entwurf eines neuen Landesgesetzes muss eine Minimalisierung des Erfüllungs- und effektiven Vollzugsaufwands im frühen Stadium berücksichtigt werden, um die Bürokratie- und Regulierungskosten im Land weiter zu senken. Ebenso wie der Bund sollte sich das Land herausfordernde Reduktionsziele zum Wohle eines ganzheitlichen Bürokratieabbaus setzen.

Auch auf Bundesebene und auf EU-Ebene sollte sich die neue Landesregierung für die Förderung des Bürokratieabbaus und für die Vollendung des Programms „bessere Rechtsetzung“ einsetzen.

Bei allen neuen Gesetzen muss die Landesregierung kritisch prüfen, ob sich Nachteile für die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Unternehmen ergeben. Abschreckendes Negativbeispiel ist das Transparenzgesetz, das Betriebsgeheimnisse bedroht und die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen beeinträchtigt.

Rheinland-Pfalz ist eines der sichersten Länder in Deutschland. Die Polizei kann auf eine sehr gute Aufklärungsquote bei Verbrechen verweisen. Die Bilanz könnte jedoch noch besser sein, wenn einige der heute von Polizeibeamtinnen und -beamten wahrgenommenen Aufgaben auf den Prüfstand gestellt würden. So werden beispielsweise Polizisten eingesetzt, um einfache Verkehrsdelikte zu verfolgen oder Schwertransporte zu begleiten.

Die LVU fordert deshalb die künftige Landesregierung auf, zu prüfen, welche heute von der Polizei wahrgenommenen Aufgaben an private Unternehmen übertragen werden könnten. Es geht der Landesvereinigung dabei nicht darum, die Zahl der Polizeistellen im Lande zu reduzieren, sondern die Effizienz der Polizeiarbeit in Rheinland-Pfalz zu verbessern, in dem sich Polizistinnen und Polizisten auf hoheitliche Aufgaben konzentrieren können.

Demografischer Wandel

Eine der größten politischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte ist der demografische Wandel. Bis 2030 wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter bundesweit um rund acht Millionen sinken. Die Unternehmen sind unmittelbar von dieser Entwicklung betroffen. Für sie wird es zunehmend schwieriger, Nachwuchs- sowie Fach- und Führungskräfte zu gewinnen.

Die LVU fordert von der nächsten Landesregierung ein umfassendes Konzept, das Antworten auf die sich aus dem demografischen Wandel ergebenden Fragen geben muss. Dazu gehören unter anderem die Fachkräftesicherung – zu der eine zwischen Politik und Sozialpartnern abgestimmte Strategie gemeinsam entwickelt wurde – Änderungen am Bildungssystem, Auswirkungen auf die Infrastruktur sowie Art und Ausmaß öffentlicher Dienstleistungen.

Notwendig ist darüber hinaus eine Politik, die die Beschäftigungsreserven aktiviert. Dazu zählen all jene Gruppen, deren Erwerbsbeteiligung unterdurchschnittlich ausfällt, vor allem Frauen, Migranten und Ältere.

Die LVU fordert, dass das Land sein Angebot qualitativ hochwertiger Kleinkinder-Betreuung ausbaut. Insbesondere sollen die Übergänge von Kita zur Schule für Eltern besser planbar ausgestaltet werden. Zudem ist die Ganztagesbetreuung von Schulkindern weiter auszubauen, sei es durch Ganztagschulen oder Betreuungsangebote am Nachmittag. Dies würde eine durchgängige Erwerbstätigkeit fördern.

Eine gute Betreuungsinfrastruktur ist ein Schlüssel dafür, dass junge Eltern nach der Geburt nicht zu lange von der Arbeit ferngehalten werden.

Flüchtlinge sollten möglichst schnell in Arbeit integriert werden. Das ist auch ein entscheidender Faktor für die gesellschaftliche Integration der Zuwanderer.

In Anbetracht des Zustroms von Flüchtlingen und Asylbegehrenden muss das Land für eine angemessene Unterbringung und Versorgung mit Wohnraum sorgen.

Die LVU fordert, den sozialen Wohnungsbau stärker zu fördern, da gerade im unteren Preissegment der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist. Das Land Rheinland-Pfalz erhält im Zeitraum bis 2019 jährlich rund 35 Millionen Euro an Bundeszuweisungen für den sozialen Wohnungsbau. Es gilt, die Rahmenbedingungen

der Förderung attraktiver zu gestalten, damit die Schere zwischen Fördermiete und Marktmiete kleiner wird. Dies kann beispielsweise durch die Gewährung von Tilgungszuschüssen oder durch eine zinslose Zeit bis zu 30 Jahren erreicht werden. Vergleichbare Regelungen finden sich bereits in anderen Bundesländern.

Infrastruktur

Rheinland-Pfalz ist Exportland. Die Ausführquote liegt mit 55 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 48 Prozent. Rheinland-Pfalz ist zudem Pendler-Land. Hunderttausende Arbeitnehmer fahren täglich über die Landesgrenzen. Unternehmen und ihre Beschäftigten sind daher dringend auf eine gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Derzeit ist deren Erhalt unterfinanziert, ein Substanzverlust ist die Folge.

Die LVU fordert, mehr in den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Zudem muss die Landespolitik den bedarfsgerechten Ausbau ermöglichen und bei der Neuplanung eine stärkere Verknüpfung der Verkehrsträger berücksichtigen. Dafür sind zusätzliche Knotenpunkte, sogenannte Hubs, notwendig.

Da nach der aktuellen Verkehrsprognose 2030 des Bundesverkehrsministeriums die Transportleistung für LKW weiter steigen wird, wäre es zukunftsweisend, die Schaffung von Güter-Fahrspuren auf Autobahnen im Bund anzuregen und zu unterstützen. Zudem sollte sich die neue Landesregierung dafür einsetzen, dass bundesweit besser vernetzte LKW-Telematiksysteme stärker ausgebaut und gefördert werden. Auch die zukünftige Ausweisung von LKW-Vorrang-Routen sollte überlegt werden, um die knappen Straßenkapazitäten effektiver zu nutzen, einen besseren Verkehrsfluss zu ermöglichen und die Gütertransporte besser planbar und sicherer zu machen.

Die LVU fordert eine zweite Rheinbrücke bei Wörth, den Bau der Mittelrheinbrücke, den Lückenschluss A1, den sechsspurigen Ausbau der A643 sowie den vierspurigen Ausbau der B9 und der B10, den Ausbau der B47 als Verbindung A61 / A67, den Ausbau der B41 als Verbindung der A61 / A62 sowie die Fertigstellung der so genannten „Hunsrückspange“ (L190) als Verbindung der B50 bzw. Flughafen Hahn / B41.

Entsprechende Planungs- und Genehmigungsverfahren sind zügig umzusetzen. Die jährlichen Mittel für den Landesverkehrshaushalt sollen auf mindestens 100 Millionen Euro angehoben werden.

Es wird angeregt, eine Standardisierung von Bauwerken, insbesondere bei neu zu errichtenden Brücken, zu prüfen, um damit Kosteneinsparungen und schnellere Inbetriebnahmezeiten zu realisieren.

Besonders für die Lärmproblematik im Mittelrheintal fordert die LVU, ein stärkeres bundesweites Anreizsystem für die Umrüstung der Güterwagenflotte auf sogenannte Flüsterbremsen zu unterstützen. Da die Wirtschaft auf einen reibungslosen Gütertransport auf der umweltfreundlichen Schiene angewiesen ist und diese Kapazitäten in Zukunft gerne vermehrt nutzen möchte, sollte sich die Landesregierung auf Bundesebene für die Schaffung einer Alternativtrasse für das Mittelrheintal einsetzen.

Auf Rhein und Mosel ist die Störanfälligkeit von Schleusen zu erfassen und ein Funktionssicherstellungsplan zu erarbeiten. Um die Transportprobleme bei Niedrigwasser zu reduzieren, ist eine Vertiefung der Fahrrinne auf dem Rhein von Koblenz bis Ludwigshafen/ Mannheim im Bund anzuregen und zu fördern.

Infrastruktur ist mehr als die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasser. Von sehr großer Bedeutung ist insbesondere auch die flächendeckende Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen.

Die LVU fordert eine flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 100 MB/Sekunde. Bestehende Gewerbegebiete mit geringerer Versorgung sind alsbald zu ertüchtigen.

Zur wirtschaftsrelevanten Infrastruktur zählt des Weiteren ausreichender Deponieraum. Hier gibt es bereits Engpässe, die zu unnötig langen Anfahrtswegen und damit einer Zunahme des Lkw-Verkehrs und der Emissionen führen.

Die LVU fordert die neue Landesregierung auf, bei den Landkreisen darauf hinzuwirken, ausreichend Deponieraum und ggf. neuen Deponieraum zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung sollte diese Aufgabe besser wieder landesweit selbst wahrnehmen.

Innovationen

Innovationen sind das Lebenselixier unserer Wirtschaft. Sie führen zu Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen. Die Landespolitik ist daher aufgerufen, ein innovationsfreundliches Umfeld zu fördern bzw. die Rahmenbedingungen entsprechend einzurichten.

Die LVU fordert, dass die Landespolitik die Technologieakzeptanz verstärkt, ggf. mit einer eigenen Technologie-Kampagne. Zukunftsthemen wie Fracking, Gentechnik oder Nanotechnologie erfordern eine sachliche und ausgewogene Diskussion, um Unternehmen Entwicklungschancen zu wahren.

Die Landesregierung sollte den Forschungstransfer von Hochschulen zu Unternehmen fördern und ausbauen. Das gilt besonders im Hinblick auf die vielen mittelständischen Unternehmen im Lande, deren eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten begrenzt sind.

Zu einer innovationsfreundlichen Politik zählen zudem die möglichst frühe Förderung von MINT-Kompetenzen im Bildungssystem und die Förderung des technisch-naturwissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen (s. a. „Bildung“).

Auf Landes- und Bundesebene sind ausreichend finanzierte, technologisch breit angelegte FuE-Förderprogramme sicherzustellen: beispielsweise im Energiebereich, für eine bessere Ressourceneffizienz und innovative Arzneimittel sowie für Schlüsseltechnologien wie neue Werkstoffe, Katalyse, Nano- und Biotechnologie, Nutzung nachwachsender Rohstoffe und Recycling.

Die Innovationsstiftung des Landes ist zu erhalten bzw. das Land sollte ggf. in anderer Form ähnlich unkompliziert Innovationsprojekte in Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen fördern.

Die ISB sollte ebenfalls entsprechende Förderprogramme auflegen.

Die neue Landesregierung sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ein Einstieg in die steuerliche FuE-Förderung endlich gewagt wird, steuerliche Verlustvorträge für Start-ups zeitlich und in der Höhe unbeschränkt ermöglicht werden, Regelungen für Wagniskapital optimiert und jene Vorschriften zu Funktionsverlagerungen abgeschafft werden, die Forschung und Entwicklung hemmen.

Energie & Umwelt

Die Industrie in Rheinland-Pfalz ist zwingend auf eine stabile und zuverlässige Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen. Das gilt umso mehr, als der Anteil der energieintensiven Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt (siehe Industriedialog 2014, S. 11).

Die LVU fordert den Verzicht auf eine Energie- und Klimapolitik mit eigenen landespolitischen Zielen. Ausbauziele für erneuerbare Energien und Reduktionsziele für klimaschädliche Gase sind nur deutschland- bzw. europa- und weltweit sinnvoll zu definieren. Überzogene Landesziele hingegen können Wettbewerbsnachteile für rheinland-pfälzische Unternehmen bedeuten.

Ein Schwerpunkt der Energiepolitik des Landes sollte auf der Steigerung der Energieeffizienz liegen.

Die LVU fordert zudem, dass sich das Land im Bund und in Europa für eine kosteneffiziente Gestaltung der Energiewende mit verlässlichen und planbaren Rahmenbedingungen einsetzt und so die Marktintegration von erneuerbaren Energien voranbringt. Ebenso sollte sich die neue Landesregierung im eigenen Land und bundesweit für den verstärkten Ausbau von Interkonnektoren zur Schaffung eines leistungsfähigen Strom-Verbundnetzes in der Energie-Union einsetzen.

Auch sollte das Engagement der jetzigen Landesregierung für die Fortführung des Bestandsschutzes bei Eigenstromanlagen über 2017 hinaus bei der neuen Landesregierung erhalten bleiben. KWK-Anlagen der Eigenstromversorgung, für die EEG-Umlage erhoben wird, sollten im Gegenzug einen Ausgleich in Form einer höheren Förderung im KWK-Gesetz erhalten.

Auch bei der zukünftigen Weiterentwicklung der Emissionshandelsrichtlinie und deren Umsetzung in deutsches Recht sollte sich die Landesregierung für den Schutz vor Carbon Leakage (CL) durch ausreichend kostenlose Zertifikate, vollumfängliche Strompreiskompensation und faire CL-Schwellenwerte einsetzen. Ebenso sollte sie sich dafür einsetzen, dass die CL-Schutzmaßnahmen solange aufrechterhalten bleiben, bis es ein internationales Abkommen mit vergleichbaren Belastungen in unseren Wettbewerbsregionen gibt. Ein Abkommen auf Ebene der G-20-Staaten, die rund 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verursachen, wäre ein guter Anfang.

Das Landesklimaschutzgesetz darf keine Zusatzbelastungen für rheinland-pfälzische Unternehmen mit sich bringen.

Die Landespolitik muss die langfristige Sicherung heimischer Rohstoffe, hauptsächlich der mineralischen Rohstoffe, gesetzlich bzw. verordnungsrechtlich besser verankern. Die Alternative sind Rohstoffe aus anderen Ländern, teils aus Übersee, deren Abbau gar nicht oder weniger nachhaltig erfolgt und deren Transport mit dem Ausstoß klimaschädlicher Gase verbunden ist.

Bildung

Die Bildungspolitik ist der zentrale Politikbereich für unser Land. Hieraus erwächst der Landespolitik eine besondere Aufgabe, auch im Hinblick auf den erwähnten demografischen Wandel, der dazu führt, dass die Zahl der Schulabgänger von Jahr zu Jahr abnimmt.

Die LVU fordert

- **Autonomie und Wettbewerb in den Bildungseinrichtungen zu fördern**
- **die Qualitätssicherung im gesamten Bildungssystem auszubauen, vor allem durch die Einführung einheitlicher Abschlussprüfungen an allen weiterführenden Schulen. Dadurch soll insbesondere die Qualität des Abiturs als belastbarer Nachweis der Studierfähigkeit gesichert werden. Zwei naturwissenschaftliche Fächer sollten verpflichtend Bestandteil des Abiturs sein.**
- **ökonomische Bildung und Berufsorientierung in die Lehrerausbildung zu integrieren**
- **die Berufsorientierung in der Unter- und Mittelstufe zu verbessern**
- **ein Schulfach Wirtschaft einzurichten**
- **sowohl im vorschulischen als auch schulischen Bereich die MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu verbessern. Dazu sollte naturwissenschaftlich-technischer Sachkundeunterricht in der Grundschule verpflichtend eingeführt sowie ein Drittel des Unterrichts in weiterführenden Schulen durchgängig mit MINT-Fächern belegt werden.**
- **die regionale Berufsschulversorgung so weit wie möglich zu erhalten**
- **duale Studiengänge zu stärken**
- **die Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften zu verbessern. Regelmäßige und verpflichtende Fort- und Weiterbildungen sollten auf die ständige Aktualisierung fachlicher und pädagogischer Kompetenzen abzielen und den Lehrenden helfen, die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen individuell zu fördern und (bei Lehrkräften und Hochschullehrern) bei der Berufsorientierung zu unterstützen.**
- **eine bessere Nutzung der nun möglichen Finanzierung von Hochschulen/ Universitäten durch den Bund zur generell besseren finanziellen Ausstattung und zur Qualitätssteigerung in Forschung und Lehre**

- ***den Einsatz der neuen Landesregierung für eine weitere Verbesserung und Internationalisierung der Hochschulausbildung im Rahmen des Bologna-Prozesses (Bachelor- u. Master-Studiengänge)***
- ***die Einführung von sozial verträglichen Studiengebühren im Land***